

Änderungsantrag zum Leitantrag – Projekt Prekarität

Beschluss aus der Landesvorstandssitzung am 10. Juli 2015

Beschluss: Der Landesvorstand der LINKEN Sachsen übernimmt den Änderungsantrag zum Leitantrag.

Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit: Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de)

Den Beschluss sollen erhalten: Landesvorstandsmitglieder, Landesratsmitglieder, Kreisvorsitzende, Ortsvorsitzende, sächsische Mitglieder im Bundesausschuss, Fraktionsvorstand der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Pressesprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag; Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Landesparteitagsdelegierte, sächsische Bundesparteitagsdelegierte, Landesweite Zusammenschlüsse, Jugendkoordinatorin

Abstimmungsergebnis:

Dafür: viele
→ mehrheitlich übernommen

Dagegen: 2

Enthaltungen: 1

F.d.R.

Dresden, 17. Juli 2015



Antje Feiks
Landesgeschäftsführerin

Einfügung ab Zeile 582:

„Projekt: Kampf der Prekarität in der Mitte der Gesellschaft

- 1. Der Landesvorstand der LINKEN Sachsen wird beauftragt, in Absprache mit der Landtagsfraktion und den Kreisverbänden eine Strategie zu entwickeln, wie das Thema Prekarität zeitlich und inhaltlich in den nächsten zwei Jahren in den Mittelpunkt unserer politischen Auseinandersetzung gerückt wird und welche politischen Angebote wir dabei den Sächsinnen und Sachsen unterbreiten können.*
- 2. Dabei liegt der Fokus darauf gesellschaftliche Lösungen für Prekarität anzubieten und glaubhaft zu untersetzen.*
- 3. In dieser Debatte sollte auch der Meinungs austausch mit unseren Thüringer Genossinnen und Genossen eine Rolle spielen, um den Beweis der Machbarkeit von Veränderung anzutreten.*
- 4. Die Landesarbeitsgemeinschaften sind zur Mitarbeit eingeladen. Der Landesvorstand wird beauftragt, eine entsprechende Arbeitsstruktur zu schaffen, die unter anderem die Auswertung des Dialoges für Sachsen berücksichtigen sollte.*
- 5. Die Kampagne „Das muss drin sein“ kann dabei einen groben Rahmen bieten.*
- 6. Ein erster Entwurf für eine solche Strategie soll bis zum 30. April 2016 vorliegen.*

Begründung:

Das Soziale ist das Herzstück unserer Partei. Wir müssen wieder mehr Mut entwickeln, Vorschläge zu unterbreiten, wie auch Sachsen sozialer, gerechter und damit auch freier gestaltet werden kann. Als Opposition haben wir den Vorteil, dass wir auch erläutern können, was bei grundsätzlich anderen Herangehensweisen möglich wäre – also wenn Sachsen nicht von einer dauerregierenden CDU 25 Jahre lang einseitig beeinflusst wäre.

Der gewerkschaftliche Kampf für bessere Arbeitsbedingungen, ist ein Bezugspunkt. Die sog. freelancer, solo-Selbständigen, click&crowdworker sind aber von Gewerkschaftlichen Kämpfen nicht betroffen bzw. profitieren davon nicht. Mindestvergütungen, Mindesthonorare, netzwerk-Arbeitsplätze, all das sind nur keywords, noch keine Konzepte und sollten in eine langfristige Strategie einer Arbeits- und Sozialpolitik Berücksichtigung finden.

Dabei soll es ganz im Sinne der Kampagne des Parteivorstandes darum gehen, zu formulieren: „Das muss drin sein“ und nicht nur wogegen wir sind.

Mit unseren Vorschlägen richten wir uns an alle Solidarischen in der Gesellschaft – egal wie sie wirtschaftlich aufgestellt sind. Das bedeutet aber auch, zu schauen, wie sich Prekarität in den verschiedenen Lebens-, Tätigkeits- und Wirtschaftsbereichen darstellt.